

Frankfurter Rundschau

Ukrainer und Russen fordern Recht auf Kriegsdienstverweigerung

20.12.2024, 09:47 Uhr

Von: Pitt von Bebenburg



Demonstration für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in dieser Woche in Nürnberg.

© IMAGO/Moritz Schlenk

In Deutschland sind am Wochenende Demonstrationen geplant. Die Forderung: Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland, Belarus und der Ukraine sollen besser geschützt werden.

Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland, Belarus und der Ukraine sollen in Deutschland und anderen europäischen Ländern besser geschützt werden. Zugleich soll Europa nicht nur gegenüber Russland, sondern auch gegenüber der Ukraine darauf dringen, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu gewährleisten. Dafür gehen am Samstag Menschen in Köln, Berlin und Paris auf die Straße. Es werden keine großen Demonstrationen erwartet – aber ein Zeichen, dass sich eine Friedensbewegung von Menschen aus den Kriegsländern Gehör verschafft.

Die Gruppe protestiert nach Angaben des Ukrainers Andrii Konovalov gegen die immer härtere Rekrutierungspraxis in der Ukraine und fordert, dass Russen Asyl erhalten müssen, wenn sie sich dem Wehrdienst entziehen. Organisiert werden die Proteste von einer Graswurzel-Bewegung, die sich „Post-

Soviet Left“ nennt, in Zusammenarbeit mit der deutschen Friedensbewegung.

„Wir sind eine linke Antikriegsbewegung“, sagt der 25-jährige Ukrainer Andrii Konovalov im Gespräch mit der Frankfurter Rundschau. Konovalov war schon vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine nach Deutschland gekommen und studiert in Köln. Er bezeichnet sich als Pazifisten.

Behörden-Entscheidungen „realitätsfern“

Bereits am vergangenen Wochenende hatten rund 200 Menschen in Nürnberg demonstriert, wo das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) seinen Sitz hat. Dort sprach der Jurist Artjom Klyga, der bereits in Russland Kriegsdienstverweigerer unterstützt hatte. Jetzt lebt er in Deutschland und hilft Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern. Das Bundesamt treffe „Entscheidungen, die schockierend realitätsfern sind“, beklagte Klyga. „In Russland gilt weiterhin Putins Mobilmachungsdekret“, stellte er fest. „Menschen werden buchstäblich eingefangen und in den Krieg geschickt.“ Lese man aber „die Entscheidungen des Bamf, entsteht der Eindruck, als ob in Russland im Jahr 2024 alles besser geworden sei.“

Auch Rudi Friedrich von der Kriegsdienstverweigerer-Organisation Connection beklagte die Praxis der deutschen Behörde. „Für uns ist klar: Militärdienstentzieher wären bei einer zwangsweisen Rückkehr nach Russland einer Rekrutierung für den Krieg unterworfen“, sagte er. Das gelte nicht nur für Deserteure, sondern gerade für „diejenigen, die so klug waren, sich bereits vor einer Rekrutierung zum Militär und damit einem möglichen Einsatz im Krieg zu verweigern“. Ihre Anträge würden aber vom Bamf abgelehnt. „Als Begründung wird von den Behörden angeführt: Es sei nicht beachtlich wahrscheinlich, dass sie für den Krieg einberufen werden.“ Das sei falsch. Es sei klar, dass die Betroffenen nach einer zwangsweisen Rückkehr nach Russland als Soldaten für die Front rekrutiert werden.

Friedrich forderte, Deutschland und die EU müssten das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung auch von der Ukraine verlangen. Dort gebe es „Zwangsrekrutierungen auf den Straßen, einige Verweigerer wurden bereits zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.“ Das müsse gestoppt werden. Denn Verweigerung sei „ein Widerstand von unten, eine Abstimmung mit den Füßen gegen den Krieg“.